

Rede der Kommunalen Initiative (KI) Aschaffenburg zum Haushalt 2018:

„Wir wollen eine grundlegende ökologische und soziale Erneuerung!“

Heute entscheidet der Stadtrat nicht nur über den Haushalt für 2018 sondern auch über die politische Ausrichtung der nächsten Jahre bis zur Kommunalwahl 2020. Allerdings haben wir von der KI die Befürchtung, dass sich wieder nichts grundlegend ändern wird wenn die Mehrheit der Stadträte der etablierten Parteien bei Ihrer bisherigen Politik bleiben.

Dies würde nämlich heißen:

Verwalten und reparieren statt gestalten und agieren!

Dass in Schulgebäude investiert werden muss oder in Kanäle und andere „Hardware“ ist nichts Neues. Hierfür muss viel investiert werden. Die notwendigen Summen wurden in Arbeitskreisen an denen alle Fraktionen teilnehmen – leider nichtöffentlich – letztes Jahr schon genannt. Nun tun manche Fraktionen so als hätte sie die fehlenden Millionen entdeckt. Wir meinen: Jammern hilft hier nicht. Und die finanziellen Mittel dafür sind vorhanden. Nicht nur die 18 Millionen an Rückstellungen der Stadt. Und wir müssen auch noch für die Zukunft **außerhalb** von Gebäuden und Kanälen investieren.

Alle städtischen Unternehmen sind für diese Investitionen mit heranzuziehen.

Vorbildlich hat sich bisher immer die AVG verhalten. Wenn es sein musste, war eine Gewinnabführung immer machbar. Die Stadtbau engagiert sich im sozialen und geförderten Wohnungsbau mit Millionen Euro.

Und wie siehts mit anderen städtischen Unternehmen aus?

Die Sparkasse hat z.B. in der letzten Bilanz über 83 Millionen auf der Gewinnseite verbucht. Nach dem Sparkassengesetz kann sie 50% davon an die beiden Träger Stadt und Landkreis ausschütten. **Das würde für die Stadt 16,6 Millionen Euro bedeuten.**

Bis jetzt haben der OB und seine Stadträte von CSU und SPD im Verwaltungsrat dies mit einem Lächeln abgelehnt. Die Aufgabe der Sparkasse besteht nicht darin das 22-fache ihres ausgewiesenen Jahresgewinns als Reserve zu maximieren, sondern insbesondere auch Gewinne gemäß §21 Sparkassenordnung für gemeinnützige Zwecke an ihre Träger abzuführen.

Wir appellieren: Wer hier freiwillig und ohne Not auf diese Mittel verzichtet, der soll den Bürgerinnen und Bürgern ruhigen Gewissens erklären, dass sich die Stadt gleichzeitig wieder mit **7,9 Millionen Euro verschuldet**.

Die KI ist der festen Überzeugung: Wir brauchen diese Gewinnabführung um die **grundlegende ökologische und soziale Erneuerung** mit zu finanzieren.

Die Mehrheit der im Stadtrat vertretenen Parteien in Aschaffenburg haben bisher eine solche grundlegende ökologische und soziale Erneuerung nur stiefmütterlich behandelt und wir möchten nicht, dass dies bis zur Wahl 2020 so weitergehen könnte. Wir wollen, dass möglichst viele im Stadtrat diesen Weg mitgehen!

Lassen sie mich einige **Forderungen** nennen um **wichtige Klimaziele** zu erreichen: **insbesondere den Umstieg vom Pkw auf den ÖPNV!**

Ganz konkret die Reduzierung des Pkw-Pendlerverkehrs in die Stadt durch Parkraumbewirtschaftung mit starker Kontrolle – leider bisher Fehlanzeige!

Die **Einführung des 1-Euro-Tickets als Einstieg zum kostenfreien Nahverkehr** um den Umstieg zum Bus schmackhaft zu machen – bisher Fehlanzeige!

- Weniger Pkw-Verkehr durch **freies Schülerticket für alle Schüler** – bisher Fehlanzeige!

Nur durch Druck von außen – u.a. durch den Appell einer „Minderheit“ von rund 15.000 Aschaffener Bürgerinnen und Bürger gegen den Ausbau der B26 - wurde jetzt ein kleiner Fortschritt erreicht: Für die Bahnanbindung Aschaffenburg-Großostheim und zum Schulzentrum Leider wird die Machbarkeit untersucht.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Idee der Bundesregierung nach Modellversuchen zum **kostenfreien ÖPNV** und möchten, dass die Stadt sich

ebenfalls als Modellkommune anbietet. So wie es auch der **Hanauer OB Claus Kaminsky** (SPD) und der **Tübinger OB Boris Palmer** (Grüne) bereits beantragt hat.

Und was ist mit freiem Zugang zur Bildung? Einen Anspruch der für eine Demokratie selbstverständlich ist und den eigentlich alle unterschreiben könnten?

Hier: Die Übernahme der Kiga-Gebühren für das erste und zweite Kindergartenjahr damit die Buchung für die Vorschulbildung nichts kostet – bisher Fehlanzeige!

Hier kann ich nur den Frankfurter OB Peter Feldmann (SPD) zitieren, der es auf den Punkt bringt: „Ich kann nicht Eintrittskarten für die frühkindliche Erziehung verlangen und mich dann später über die mangelnde Sprachfähigkeit beschweren!“

Ein weiterer Punkt: Der Freie Eintritt für Museen als wichtige Bildungseinrichtung – bei uns jederzeit machbar – aber bisher Fehlanzeige!

Und wie sieht es mit dem Anspruch der Stadt aus eine **soziale Stadt** zu sein?
Die KI fordert seit Jahren den **Kultur- und Sozialpass auszuweiten** um auch die armen Menschen davon profitieren zu lassen **die knapp oberhalb der Hartz IV Grenze** mehr schlecht als recht leben müssen. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als dass der Kulturpass auch für diejenigen gilt die unterhalb der Armutsgrenze leben – diese ist in Deutschland z.Z. bei 979,- Euro Netto oder unterhalb der Pfändungsgrenze von 1.080 Euro. Auch dafür haben wir heute einen Antrag gestellt.

Wir wollen für diese Forderungen Bündnisse schmieden und hoffen, dass auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien und Gruppierungen diese unterstützen! Unsere Zustimmung zum Haushalt machen wir von der Behandlung dieser strategischen Forderungen abhängig.

Johannes Büttner – 19. Februar 2018